Abend-Ausgabe. Nr. 142. Berlin, Freitag, den 24. März 1893.

Nr. 142. Abend-Ausgabe. Berlin, Freitag, den 24. März 1893.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Koniggräher-Straße № 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Wir ersuchen unsere Leser, das Abonnement auf die **„Kreuzzeitung"** für das nächste Vierteljahr baldigst zu erneuern. Die Zeitung erscheint **12 mal wöchentlich.** Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich für das Deutsche Reich 9 M. In Berlin werden Bestellungen von den Zeitungsspediteuren, sowie in der Geschäftsstelle der Zeitung, Königgräherstraße 15, zum Vierteljahrs-Preise von 8,50 M., einschließlich des Botenlohns, entgegengenommen. Im Auslande nehmen die dortigen Postämter Bestellungen zu folgenden Preisen entgegen: Belgien 13 Frcs. 21 Cts., Holland 8 Fl. 5 Cts., Dänemark 9 Kr. 42 Oe., Italien 12 Frcs. 50 Cts., Norwegen 9 Kr. 30 Oe., Oesterreich-Ungarn 5 Fl. 41 Kr., Rußland 4 Rbl. 80 Kop., Schweden 10 Kr. 22 Oe., Schweiz 11 Frcs. 80 Cts. Bei **täglich zweimaliger direkter** Versendung unter Kreuzband beträgt der Bezugspreis vierteljährlich in Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15 M.; für Staaten, nach welchen eine Kreuzband-Sendung bis zu 50 Gramm 5 Pf. beträgt, 18 M., und für Staaten, nach welchen eine Kreuzband-Sendung bis zu 50 Gramm 10 Pf. beträgt, 26 M. 50 Pf. Bestellungen auf diese Art der Versendung sind entweder an die Geschäftsstelle der Neuen Preuß. (Kreuz-) Zeitung zu richten, oder bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 in Köln (Rhein), welches den Zeitungs-Verkehr an Bezieher der Zeitung in Frankreich, England, Spanien, Portugal und allen außereuropäischen Ländern vermittelt, zu beantragen.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Goch, 23. März. (W. T. B.) Die erste Post aus London über Vlissingen ist ausgeblieben. Grund: Nebel an der englischen Küste.

Wien, 23. März. (W. T. B.) In der Abendsitzung des Abgeordnetenhauses überreichte der Handelsminister Marquis Bacquehem den Gesetzentwurf, betreffend den Bau der Valsugana-bahn.

Pest, 23. März. (W. T. B.) Die Generalversammlung der St. Stefan-Gesellschaft wurde heute vom Bischof Steiner mit einer Ansprache eröffnet, in welcher derselbe in huldigenden Worten des Bischofsjubiläums des Papstes gedachte und die Nothwendigkeit der Verbreitung der katholischen Lehren betonte.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Die republikanischen Journale bezüglichwünschen sich zu dem gestrigen Ausgange der Interpellation Millevoye und sehen darin einen Beweis, daß die Majorität nicht mehr von der Panama-Angelegenheit sprechen hören wolle. Die radikalen Journale sprechen sich ebenfalls befriedigt aus und sagen, die parlamentarische Behandlung der Panama-Affaire sei bis dahin beendigt, wo die Untersuchungs-Kommissionen ihren Bericht erstattet habe. Die konservativen Organe sagen, die Kammer habe die einfache Tagesordnung angenommen, um eine weitere Aufklärung zu verhindern, die Frage sei aber noch nicht endgültig geregelt.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Buenos-Ayres hat der bisherige Justiz-, Kultus- und Unterrichtsminister Dr. de la Torre seine Entlassung genommen und ist durch Dr. Amancio Alcorta ersetzt worden.

London, 24. März. (W. T. B.) Lord Salisbury hat auf Anrathen der Aerzte den Besuch, welchen er am 3. April in Belfast machen wollte, verschoben.

Madrid, 24. März. (D. B. H.) Der deutsche Gesandte konferirte gestern Abend längere Zeit mit dem Minister des Auswärtigen über den Handelsvertrag.

Madrid, 24. März. (W. T. B.) Der neue Marineminister, Admiral Pacquin, hat den Eid geleistet und wird heute sein Amt antreten.

Petersburg, 24. März. (D. B. H.) Eine Fahrradsteuer von 5 Rubel für das Stück wird von der Regierung geplant. Ihre Einführung steht in nächster Zeit in Aussicht.

Belgrad, 24. März. (D. B. H.) Der König Alexander wird die diesjährigen Sommerferien bei der Königin-Mutter Natalie in Italien oder Sinaia zubringen. Der Hofmarschall der Königin Natalie, Oberst Simenczitsch, ist nach Konstantinopel abgereist, um die Königin dort zu erwarten und sie nach Italien zu begleiten.

Bukarest, 23. März. (W. T. B.) Die Kammer beendigte heute die Generaldebatte über das Budget und nahm nach den Reden des Berichterstatters und des Finanzministers mit großer Mehrheit das Budget zur Grundlage der Specialdebatte an.

Sofia, 24. März. (D. B. H.) Nachdem der Fürst vollständig genesen, ist die Ausgabe von Bulletins eingestellt worden.

New-York, 24. März. (D. B. H.) Drei Matrosen aus Egypten, mit dem britischen Dampfer „North Anchor" eingetroffen, wurden verhaftet. Cholerafälle sind angeblich, auf hoher See einen Mordversuch gegen Neger unternommen zu haben.

Bebel — Ahlwardt — Richter.

Wir haben schon Gelegenheit genommen, auf das verschiedene Maß hinzuweisen, mit dem die Parlamente des Judenthums in den Parlamenten und außerhalb derselben letzthin wieder gemessen haben, als der „Fall Ahlwardt" auf der Tagesordnung stand. Die Vorgänge, die sich dabei abspielt, sind alle so bezeichnender Art, daß sie hier nochmals „unter die Lupe genommen werden" mögen.

Ueber den Abg. Ahlwardt ist im Reichstage am 22. d. M. in aller Form Gericht gehalten worden; das Haus hat ihn einstimmig als „Verleumder" gekennzeichnet, selbst der radikale Antisemit Zimmermann konnte sich dem Eindrucke nicht entziehen, daß das Vergehen dieses Mannes nicht mit dem „Mantel der Liebe" zugedeckt werden dürfe; er hat eine scharfe Linie gezogen, wie sie übrigens die Abgg. Liebermann v. Sonnenberg und Dr. Böckel — wie hier noch hervorgehoben werden mag — schon lange, d. h. vor mindestens 1½ Jahren — durch öffentliche Erklärungen gezogen haben. Die Konservativen haben dies bis jetzt nicht nöthig gehabt, weil Ahlwardt sich nie an ihnen gegrüßt. Daß sie in der Stichwahl am 5. December 1892 für ihn gestimmt, kann daran ebensowenig etwas ändern, als z. B. die häufig vorgekommene „Abkommandirung" von Zentrumswählern zu Gunsten „derer um Rickter" die beide Parteien als solche solidarisch gemacht hat. In der Sitzung des Reichstages vom 22. d. M. hat der Abg. Frhr. v. Manteuffel es gleichwohl für angemessen erachtet, eine runde Erklärung abzugeben, die an der Stellung der Konservativen zu Ahlwardt nicht den mindesten Zweifel läßt, von dem Abg. Stöcker aber ist die Persönlichkeit Ahlwardts überdies in einer Weise charakterisirt worden, die die allgemeinen Redensarten, mit denen die Abg. Richter und Rickert um sich warfen, an sachlicher Schärfe weit überbot.

Je weniger wir aber insgesammt mit unserem Urtheil über den „Mann des Tages" zurückhalten — umsemehr sind wir berechtigt, zwischen seinem Verhalten und dem anderer Leute Parallelen zu ziehen, an die man anderswo aus „guten Gründen" garnicht denkt.

Was hat, um mit diesem anzufangen, der Abg. Bebel letzthin erst gethan? Das deutsche Heer ist von ihm in einer Weise angegriffen worden, die der Kriegsminister, wie wir schon erwähnt, „verleumderisch" zu nennen weil berechtigt war, denn in jedem einzelnen Falle hat sich gezeigt, daß die behaupteten Thatsachen der Wahrheit in keiner Weise entsprachen, vielmehr im schärfsten Gegensatze zu ihr standen. Das Haus hörte die Darlegungen des Ministers ebenso kühl und gelassen an, wie die wuthschäumenden Erwiderungen der Sozialdemokraten, die sich für ihre Niederlage auf dem Gebiet des Sachlichen durch persönliche Ausfälle der giftigsten und verletzendsten Art zu rächen suchten. Wie sich aber die liberale Presse dazu gestellt, haben wir gesehen. Kein Wort, das auf Erregung, geschweige denn Entrüstung schließen ließ! Wozu auch? Das deutsche Heer ist dem Judenthum bis heute noch „tabu", ein Boden, wo es nichts zu suchen hat, keinerlei Einfluß zu üben berufen ist. Welches Interesse also könnte der Liberalismus an dieser Einrichtung nehmen, es sei denn, daß er sie als „Versicherung" gegen äußere Gefahren betrachtete, und selbst von diesem Standpunkt aus behandelt er sie, wie wir eben jetzt wieder sehen, ohne alles tiefere Verständniß.

Da kommt Ahlwardt mit seinen kopflosen Behauptungen an der unrechten Stelle, und der „Sturm bricht los". So „elementar", als es nach den Berichten der liberalen Presse aussehen könnte, hat sich freilich das nicht vollzogen. Ahlwardt hatte am 20. d. M. zum Kapitel des Reichs-Invalidenfonds einige Bemerkungen über Mißbräuche und Schädigung des Volksvermögens gemacht, die zunächst gar keine Beachtung fanden, und erst dadurch die Aufmerksamkeit auf sich zogen, daß der Abg. Richter am 21. d. M. Ahlwardt aufforderte, öffentlich zu erklären, was er eigentlich gemeint, er müsse „heraus", man werde ihn nicht mehr „loslassen" u. dgl. m. Das weitere ist bekannt; wir brauchen auf die Einzelheiten nicht zurückzukommen. Ahlwardts Verhalten kann dadurch nicht besser werden. Es ist aber klar, daß der Abg. Richter der eigentliche Urheber der skandalösen Vorgänge vom 21. und 22. d. genannt werden muß, was der Abg. Liebermann v. Sonnenberg, wie wir wissen, ja auch angedeutet hat, indem er sagte, daß Ahlwardt in die ihm gelegte „Falle gegangen" sei. Dieser „Falle" bedurfte der Friesinn nicht sowohl, weil er seine Entrüstung gegen Ahlwardt nicht bezähmen konnte, sondern weil es ihm um einen allgemeinen Vorstoß gegen den Antisemitismus zu thun war. Das hat der Verlauf der Dinge am 22. d. unwiderleglich klar gezeigt.

Der Versuch ist freilich nicht geglückt; er hat den „Wachern" weder „Ehre" noch „Gewinn" gebracht; die „Methode", deren sich ihn besonderen der Abg. Richter bedient hat, verdient darum aber doch beachtet zu werden, weil sie erkennen läßt, daß der Freisinn sich nicht im mindesten genirt, wo es ihm paßt, dieselben Mittel anzuwenden, die er bei seinen Gegnern rücksichtslos verdammt. Wie hätte sich der Abg. Richter sonst beikommen lassen können, auf das Eingeständniß im Prozeß Stöcker-Bäcker zurückzugreifen, und ersteren eines fahrlässigen Meineides zu beschuldigen, während er den Wortlaut dieses Eingeständnisses nicht nur bei sich hatte, sondern mit auszugsweiser Entlesung auch verlesen durfte? Nun steht aber in dem amtlichen Eingeständnisse von einem „fahrlässigen Meineide" nicht ein Wort. Der stärkste Ausdruck, der sich in dem Eingeständnisse findet, ist der, daß das „Auftreten des Zeugen Stöcker ein unvorsichtiges, ja leichtfertiges" gewesen sei, einen „bewußten Kenntniß mit der Wahrheit will ihm der Gerichtshof nicht unterschieben". Das hat der Abg. Richter schwarz auf weiß vor sich, und doch wagt er es, von einem „fahrlässigen Meineide" zu reden: Stöcker hat sich das freilich dieserhalb so wenig gefallen lassen als sonst und das Aufreden sei, es Gegners mit solchem Nachdruck eine „grobe Unwahrheit" genannt, daß der Abg. Richter sich auf einen anderen Ausdruck zurückzuziehen suchte. Das entlastet ihn aber nicht. Er hat der Welt wider besseres Wissen einreden wollen, daß Stöcker ein „Meineidiger" sei und auch was er dann nach Stöckers Widerspruch angeblich wörtlich vorlas, entspricht dem wahren Wortlaut des Eingeständnisses keineswegs. Wie nennt man das? Berlin unterscheidet sich Richter von Ahlwardt? Oder fragen wir lieber, wenn unterscheidet sich Ahlwardt von Richter? Darin, daß er, wie wir bestimmt anzunehmen Grund haben, bei allem Mangel an Gewissenhaftigkeit in der Prüfung doch glaubt, was er sagt, während das bei Richter nach Lage der Dinge ausgeschlossen ist. Wer ist also der Würdigere von beiden? Mag ein jeder wählen. Ahlwardt hatte ganz recht, als er verlangte, daß auch die Behauptungen Richters Stöcker gegenüber auf ihren Wahrheitsinhalt untersucht werden müßten; warum soll er allein der „Ausgestoßene" sein? Jede Verlumdung sieht der anderen, sittlich betrachtet, gleich und darf nicht geduldet werden. Aber freilich — was gilt dem Judenthum und seinem Gefolge das sittliche Moment? In diesen wie in anderen Dingen heißt es allein: Was läßt sich im Parteiinteresse daraus machen? Die Thatsachen haben keinen anderen Werth als die Waaren, sie sind ein Gegenstand des Schachers wie ein anderer.

Wir aber haben keinen Grund, dieser politischen Börse zu Gefallen zu leben. Unseres Erachtens wäre es ganz in der Ordnung, wenn der Abg. Richter, wie Ahlwardt, genöthigt würde, seine Behauptungen in Bezug auf Stöcker zu beweisen, wiedrigenfalls er als „Verleumder" anzusehen wäre, gleichwie der erstere.

Nebenbei nach alledem macht es sich gewiß, wenn die „Freisinnige Zeitung", die heute die falschen Zitate Richters noch festsetzt, in Bezug auf Ahlwardt schreibt:

„Die Diskussion hat Ahlwardt auch parlamentarisch gekennzeichnet als einen gewissenlosen Schwätzer, der kunterbunt die größten Anschuldigungen fortgesetzt verbringt, auch wenn ihm Schritt für Schritt wiederholt das absolut Unwahre im einzelnen nachgewiesen wird."

Als Parlamentarier lassen sich Richter und Ahlwardt nicht vergleichen, trotzdem aber möchte in dem hier Gesagten manche Pille stecken, nicht hieß für Ahlwardt, sondern auch für einen anderen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin hatten gestern Nachmittag 1½ Uhr den Fürstbischof Kardinal D. Kopp, sowie den Herzog von Ratibor und den Fürsten von Jsenburg-Birstein, ferner den Minister-Präsidenten Grafen zu Eulenburg und einige andere Personen von Rang mit Einladungen zur Frühstückstafel beehrt. Nach derselben unternahm der Kaiser einen längeren Spaziergang nach dem Thiergarten und Umgegend. Gegen 5½ Uhr zurückgekehrt, verblieb Se. Majestät in seinem Arbeitszimmer und erledigte Regierungs-Angelegenheiten. Abends entsprach der Kaiser einer Einladung des Staatssekretärs des Reichsmarine-Amtes, Vize-Admirals Hollmann zur Tafel und verblieb auch nach Aufhebung derselben noch längere Zeit daselbst.

— Heute Vormittag haben Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin zunächst eine gemeinsame Spazierfahrt unternommen. Später gewährte der Kaiser dem Professor Reinhold Begas eine Sitzung und kehrte darauf ins Schloß zurück. Mittags begab sich der Kaiser zu seinem Flügeladjutanten Oberstlieutenant v. Hülsen, um bei ihm das Frühstück einzunehmen.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin hatte sich gestern Nachmittag zum Besuch bei ihrer erlauchten Schwester, der Frau Prinzessin Friedrich Leopold nach Jagdschloß Glienicke begeben und war alsdann wieder nach Berlin zurückgekehrt.

— Se. K. H. der Prinz Friedrich Leopold kam heute Vormittag 10 Uhr 14 Min. aus Potsdam nach Berlin, um einige Stunden zu verweilen.

— ⊙ Wie wir vernehmen, ist dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ein einjähriger Urlaub bewilligt worden. Ueber seine Reise nach Chicago dürften demnächst endgültige Entschlüsse gefaßt werden.

— Se. G. H. der Landgraf Alexis von Hessen hat nach längerem Aufenthalte heute früh Berlin wieder verlassen und sich nach Herleshausen zurückbegeben.

— W. H. der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin kamen gestern Nachmittag von ihrer Villa bei Potsdam nach Berlin, verweilten einige Zeit im Hotel Kaiserhof, wo auch das Diner eingenommen wurde, besuchten Abends das Theater und kehrten dann nach Potsdam zurück.

— ⊙ Der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch hat für morgen Einladungen zu einem größeren Diner im Metropolhotel ergehen lassen.

— ⊙ Der italienische Botschafter Graf Lanza wird auf Veranlassung seiner Regierung sich Mitte April nach Rom begeben, um dort während der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers am Hofe zu erscheinen.

— ⊙ Der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch hat für morgen Einladungen zu einem größeren Diner im Metropolhotel ergehen lassen.

— ⊙ Der italienische Botschafter Graf Lanza wird auf Veranlassung seiner Regierung sich Mitte April nach Rom begeben, um dort während der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers am Hofe zu erscheinen.

— Der General-Major v. Krentzlschildt, Kommandeur der 66. Infanterie-Brigade, sowie der Kavaliere-Kapitän Jachmann, Kommandant S. M. Vermessungs-Fahrzeug „Nautilus", haben Berlin nach Beendigung ihres Urlaubs verlassen. — Der Oberst v. Oesfeld, Kommandant von Graudenz, der Oberst v. Strantz, Kommandeur des 1. hanseatischen Dragoner-Regiments Nr. 9, sowie der Oberst Lüdtkfeld v. Löwenfurna, Kommandeur des Großherzogl. mecklenburgischen Füsilier-Regiments Nr. 90, sind mit Urlaub hier eingetroffen. — Der Oberstlieutenant v. Bülow, Chef des Generalstabes des Gardo-Korps, hat sich mit längerem Urlaub nach Italien begeben. — Die Major v. Unger und Wellmer von Kriegsministerium sind hierher zurückgekehrt.

— o Major Graf Vitzthum v. Eckstädt, der Nachfolger des General-Majors v. Schlieben, als sächsischer Militär-Bevollmächtigter, weilt seit einigen Tagen in Berlin und hat verlässig im Hotel Bellevue Wohnung genommen. General-Major v. Schlieben bezieht sich zu Anfang nächsten Monats zum Antritt seiner neuen Stellung nach Dresden.

— Der Kardinal Fürstbischof D. Eremenz wird, von Köln kommend, auf Bahnhof Friedrichstraße heute Abend zwischen 10 und 11 Uhr eintreffen und im Hotel Royal Wohnung nehmen. Voraussichtlich am Sonntag wird der Kardinal von Sr. Maj. dem Kaiser im hiesigen Schlosse in feierlicher Audienz empfangen werden.

— Der Vice-Präsident des Reichstags, Graf Ballestrem, hat Berlin heute verlassen, um sich auf seine Besitzung nach Plawniowitz in Ober-Schlesien zu begeben.

— Der russische Wirkliche Staatsrath v. Takke ist aus Petersburg heute früh hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen. — Ebenda hat auch der Hofmarschall Frhr. v. Dumpteda, aus Dresden kommend, Wohnung genommen.

— In Gerichts-Assessoren sind ernannt: die Referendare Arndts und Kaeser im Bezirk des Kammergerichts; die Referendare Dr. Seltzmann und Dr. Lehrecht im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.; der Referendar Kertzing im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Hamm. — Dem Gerichts-Assessor Kette ist behufs Uebertritts zur landwirthschaftlichen Verwaltung die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

Danksagung.

Zu meinem 50jährigen Dienstjubiläum sind mir so zahlreiche Glückwünsche zugegangen, daß ich außerstande bin, jedem einzelnen zu kommen. — Ich spreche deshalb auf diesem Wege meinen aufrichtigen und herzlichen Dank für dieses freundliche Gedenken aus.

Frhr. v. Moerschcidt-Hüllessem,
General der Infanterie und kommandirender General.

Reichstags-Nachrichten.

— Zur Berichtigung der dem „Berl. Tagblatt" entnommenen Nachricht über die Erkrankung des Abg. Singer schreibt der „Vorwärts", daß Singer, der übrigens niemals „hochgradig nervös erregt" gewesen ist, sich nach kurzem Aufenthalte in der Schweiz wieder der besten Gesundheit erfreue und heute Abend in Berlin eintreffen werde.

— Abgeordneter Frhr. v. Buol-Berendberg (Zentr.) hat im Reichstage folgenden Abänderungs-Antrag zur zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Verzinsung der Reichsanleihen über den Wucher gestellt: „Den Artikel II Artikel 4 wie folgt zu fassen: Der gewerbsmäßig Geld- oder Kreditgeschäfte betreibt, hat für jeden, mit welchem er darauf in Geschäftsverbindung steht, für jedes Kalenderjahr die Reichsanleihen, welche er von dem Zeitpunkt seiner drei Monate nach Schluß des Jahres einem christlichen Rekruten dieser Anleihen mitzutheilen, der außer dem Gesuch derselben auch erkennen läßt, wie solches erwachsen ist. Wer sich dieser Verschuldung verpflichtet entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Haft bestraft. — und zwar für jeden Anleihen, welche in den verflossenen Jahr hinsichtlich der Geschäfte, welche in den Rechnungsbüchern aufzunehmen waren. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung: 1) auf öffentliche Banken, Notenbanken, Bodenkreditinstitute und Sparkassen; 2) auf den Ankauf, auf öffentliche Verkaufsstellen, auf Spar- und Darlehnsvereine, Kreditgenossenschaften und auf eingetragene Genossenschaften; 3) auf den Geschäftsverkehr zwischen Kaufleuten, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist, und auf Geschäftsverbindungen, die nur in einem Anschluß bestehen, der sämtlichen Kaufleuten offen steht.

— Der konservative Bürgerverein der Dembinburger Vorstadt hielt am Donnerstag Abend in den Germaniasälen eine Mitglieder-Versammlung wegen der Militär-Vorlage ab. Der Vorsitzende, Geheimrath Gnaeke, wies auf die große Bedeutung der Heeresverstärkungen für die Sicherstellung unseres Reiches und die Machtstellung des Gesammtvaterlandes hin und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in das die Versammlung jubelnd einstimmte. Darauf ergriff der Landtags-Abgeordnete Frhr. v. Lilienecan das Wort und führte anähnlich folgendes aus: Nur eine starke Militärmacht kann Gottes Leiten und Erwachen sichern. Dies beweise die preußische Geschichte am besten, leider scheine man dies bei uns vergessen zu wollen. In Frankreich schweige jeder Parteienzwist, wenn es sich um Opfer zur Erhöhung der Wehrkraft handelt. 1870 seien wir den Franzosen an Zahl bedeutend überlegen gewesen, jetzt aber sei uns Frankreich um ein ganzes Theil voraus, trotz seiner viel geringeren Einwohnerzahl. Bei einem Kriege gegen zwei Fronten können Frankreich und Rußland fast eine Million Krieger mehr in den Kampf stellen als der Dreibund. Dieser Zustand müsse beseitigt werden. Wenn die Regierung bei der Vorlage mit der dreijährigen Dienstzeit gedrechen habe, so sei dies in der Erwägung geschehen, daß schon bisher höchstens 12—18 Mann in der Kompagnie wohl drei Jahre gedient hätten. Es sei aber zu wünschen, daß mit der dreijährigen Dienstzeit zunächst nur ein Versuch gemacht und sie auch nicht beibehalten werde. Der Kern der Vorlage ist der alte Schwerdtsche Gedanke: Jeder, der gesunde Glieder hat, soll Soldat werden. Jetzt bleiben hundertausende junger Leute unausgebildet und im Kriegsfalle in Hause, während engrante Familienväter in den Kampf ziehen müssen. Auch die Kavallerie wird wirklich gegen alle Möglichkeiten geschärft sein, denn auch die Vorlage der Regierung ohne Kompromiß angenommen werden. Auch die Geldfrage könne nicht in Betracht kommen; denn in keinem anderen Staate würde so wenig von den Kosten der Heeres-Verwaltung durch Steuern herbeigeschafft wie hier und. Im Durchschnitte würde durch die geplante Verstärkung des Heeres auf jeden Deutschen eine Mark an Mehrkosten kommen. Dieses Opfer müsse gebracht werden, wenn wir nicht in einem Kriege unterliegen und zu Bettern werden sollen. Er hoffe von dem patriotischen Gefühle, daß, wie die Regierung der Landwehrfrage zeige, im Volke auch unter den wirthschaftlich Bedrängten schlummere, das Beste für die Zukunft. — Reicher Beifall lohnte den Redner. Im Schlußwort führte der Vorsitzende aus, daß die Regierung nur aus sachlichen, durch die Nothwendigkeit gebotenen Gründen die Militärvorlage eingebracht habe und es deshalb unsere Pflicht sei, der Vorlage in allen wesentlichen Punkten zuzustimmen. Dies wurde einstimmig von der Versammlung gut geheißen und beschlossen, sofort an den Reichstag eine Petition zu richten und hierven Se. Maj. dem Kaiser telegraphisch Kenntniß zu geben.

Deutschland.

* **Berlin**, 24. März. Die St. Petersburger „Nowosti" wollen in der Lage sein, die Vorschläge mitzutheilen, die von deutscher Seite als Grundbedingungen für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland gemacht worden sind. Jr der Hauptsache entsprechen diese Vorschläge den Andeutungen, die bereits vor einiger Zeit vom „Börs.-Cour." in derselben Angelegenheit gegeben worden sind. Nach der Mittheilung des russischen Blattes wären die Vorschläge folgende:

1) Deutschland ist erbötig, die russischen Staatspapiere wieder bei der Reichsbank zu lombardiren, 2) den Zoll auf Getreide auf die Stufe herunterzusetzen, welche Oesterreich-Ungarn gegenüber besteht, 3) den Zoll auf russisches Holz zu ermäßigen, 4) für alle anderen russischen Waaren den gleichen Zoll wie für österreichische Waaren zu erheben. Deutschland verlangt dagegen: Zollherabsetzung auf Eisen und Kohlen um 33 pCt. und zollfreie Einfuhr landwirthschaftlicher Maschinen deutscher Herkunft.

Wir halten diese Nachricht ebenso wie die früheren für unzutreffend. Es erscheint uns undankbar, daß die Reichsregierung der deutschen Landwirthschaft einen solchen Affront anthun könnte.

* **Berlin**, 24. März. Die „Hamb. Nachr." haben über die Militärvorlage wiederholt sich in Artikeln geäußert, denen eine sachgemäße und wohlbegründete Kritik nicht abzusprechen war. Seitdem aber durch den negativen Ausgang der Kommissions-Verhandlungen die Möglichkeit einer Auffassung des Reichstages sich herausgestellt hat, benutzt sich das Hamburger Blatt aufs eifrigste, die verbündeten Regierungen vor einer solchen zu warnen und ihnen dringend Nachgiebigkeit zu empfehlen. Die „Hamb. Nachr." leugnen, daß die augenblickliche politische Lage irgend eine Aehnlichkeit mit der des Jahres 1862 habe. „Damals lag die Gefahr der Abdikation des Königs vor", jetzt könnten „die Urheber der Militärvorlage sich bei der Verlage beruhigen wir haben das unserige gethan, um das Volke durchzubringen, wenn das das deutsche Volk nicht in der Weise, wie wir es für richtig halten, militärisch wehr gesichert sein will, so haben wir das unserige gethan, und das weitere muß der Entwickelung der Zukunft vorbehalten bleiben."

Wir können dem in keiner Weise zustimmen. Im Jahre 1862 hielt es der König mit seiner ersten Auffassung des verantwortungvollen Königlichen Berufs eben für unvereinbar zu erklären: „Ich habe dem Volke vorgeschlagen, was mir für das Wohl des Vaterlandes nothwendig erschienen, das Volk hat dies abgelehnt nun gut, ich habe das meine gethan und trage keine Verantwortung für die Zukunft". Lieber wollte der tscheilige König abdanken. Der Rath, den die „Hamb. Nachr." heute ertheilen, bedeutet in der That nichts mehr oder weniger als die „Abdikation" des Königthums! Kein Monarch, der sich seiner Verantwortung vor Gott dem Herrn bewußt ist, kann diese gewissermaßen von sich ab und dem Volke zuschieben.

Weder kommt den „Hamb. Nachr." diese fast ängstliche Scheu vor einer Auflösung des Reichstages? Man vermuthet gewiß vielleicht mit Unrecht, daß der Fall Bismarck bei der aus ihren Spalten redet. Er hat sicherlich weder 1862 noch jetzt bis zur Auflösung des Jahres 1887 seinem Königlichen Herrn eine derartige Rolle, die an Stelle der verantwortungsvollen Souveränität der Hohenzollern die des Volkes setzen will, vorgetragen.

Wir vermuthen, es ist nur die alte zahme Verlache für die Nationalliberalen, die in den „Hamb. Nachr." zum Ausdruck kommt. Man hat das Ergebniß bei Normalzahlen vorhande Geschickt. Und mit Recht. Zu einer am 21. März in Stuttgart abgehaltenen Versammlung hat ein Dr. Schall über die vor einem acht Tagen in Berlin abgehaltene Sitzung des nationalliberalen Zentralkomitees berichtet. Er führte nach dem „Beobachter" aus: Sehr bedauerlich und eindringlich habe v. Bennigsen gesprochen; von einem Umschlag der Volksstimmung zu Gunsten der Militärvorlage könne ernstlich nicht gesprochen werden; eine Auflösung des Reichstages und Neuwahlen mit der Parole Annehmen oder Ablehnen würde für die Nationalliberalen wahrhaft verhängnißvolle Folgen haben. Sehr gelobt, bemerkte Dr. Schall, habe Bennigsen das Arrangement von Zusammungstelegrammen, die Adressen, welche die Reichsregierung nur in ihrer unglücklichen Hartnäckigkeit bestärken könnten. Jede solche Adresse, hinter der ja doch kein Volk stehe, sei ein „nationales Unglück".

Wenn der führende „Staatsmann" der Nationalliberalen, der in zwiefach als Oberpräsident derjenigen preußischen Provinz, in der allein noch der Nationalliberalismus „lebt", Gelegenheit haben kann, die Stimmung des „Volkes" kennen zu lernen, so bedarf um die Zukunft seiner Partei ist, so wird man die Mahnung der „Hamb. Nachr." wohl verstehen. Im übrigen empfehlen wir die Warnung vor weiteren Zustimmungs-Adressen und die abbrechende Charakteristik, die Herr v. Bennigsen von ihnen entwirft, der Beachtung der „Nordd. Allg. Ztg.", die diesen Adressen stets einen ganz besonderen Werth beilegt.

* **Berlin**, 24. März. Mit der Meldung, daß die Brüsseler Antisklaverei-Gesellschaft an die belgische Regierung eine Eingabe gemacht habe, worin sie sich über die Einfuhr von Waffen und Schießpulver über deutsches und englisches Gebiet beschwert, hatte das „Mouvement Géographique" die Mittheilung verbunden, das Brüsseler Kabinet habe die Eingabe auch den Regierungen in London und Berlin machen lassen. Diese letztere Eingabe dementbestätigt sich indessen nicht; dem Vernehmen nach ist bisher ein solches Schriftstück nicht hier eingegangen; auch scheint die Behauptung nur aus einer verthümlichen Auffassung hervorgegangen zu sein. Der belgische Minister des Aeußern hat der Antisklaverei-Gesellschaft nach Ueberprüfung der Beschwerde eröffnet, er werde dieselbe zur Kenntniß der betheiligten Regierung bringen, offenbar mit dem selbstverständlichen Hinterdenkenden, sobald er selbst erst die nöthigen Unterlagen beschafft haben wird. Die Begründung der Beschwerde von Seiten der Antisklaverei-Gesellschaft scheint nach den Berichten Brüsseler Blätter ungefähr folgendermaßen zu lauten: es hier als Beweis für die Einführung von Waffen durch deutsches Gebiet wird angeführt, daß mehrere der strafbaren Karawanen deutsche Pässe gehabt hätten; ferner heißt es, daß auf britischem Gebiete gar nichts zur Verhinderung der Waffeneinfuhr geschehe, auf deutschem Gebiete nur wenig. In dieser Form müssen die Angaben unzweifelhaft Zweifel erwecken; wie solche Karawanen bei der strengen Aufsicht an der Küste zu deutschen Pässen kommen sollen, ist nicht ersichtlich. Ferner ist der Waffeneinfuhr an der deutschen Küste durch Verordnung des Gouverneurs vom 1. März 1891 zum Monopol der Regierung gemacht worden. Auch ist der den Engländern gemachte Vorwurf, daß sie nichts zur Behinderung der Waffeneinfuhr thäten, recht unglaubhaft; man braucht sich nur an die wiederholten blutigen Kämpfe des Oberkommissars Johnston mit den Sklavenhändlern im Nyassagebiete zu erinnern, und es ersieht sich daraus von selbst, daß die britische Verwaltung die höchste Aufmerksamkeit auf den Waffenschmuggel richtet.

An den Darlegungen des Antisklaverei-Komitees ist namentlich der Umstand bemerkenswerth, daß man nur von Waffen-Einfuhr durch deutsches und britisches Gebiet spricht; warum wird das portugiesische Gebiet nicht erwähnt? Verstärkt wird diese Beobachtung noch dadurch, daß das portugiesische Mozambik-Gebiet seit langer Zeit schon als bevorzugtes Einschmuggelungsgebiet für Waffen und Munition, sowie als Ausfuhrgebiet für Sklaven, besonders nach Madagaskar, galt. Hier ist so der Beschwerde offenbar eine Lücke.

Aus den Aeußerungen des belgischen Ministers des Auswärtigen ist zu entnehmen, daß die Waffenfrage in einer nahelegenden Zeit zu internationalen Verhandlungen führen wird. Die belgische Regierung hat es in der Hand, am Unglaube eigenes Material zu beschaffen, aus dem sich die Herkunft der Waffen beweisen läßt. Die Verhandlungen werden dazu führen können, das in der Brüsseler Antisklaverei-Akte enthaltene Waffen-Einfuhr-Verbot in Ostafrika wieder einen Schritt weiter zu bringen.

— Der „Hamb. Korresp." erklärt am Schluß eines Artikels über Bennigsens Angebot zur Militärvorlage: „Die Konservativen der preußischen Standpunkt zu wollen, dabei aber nicht die Mittel zu gewähren, sie ohne Schädigung der Qualität und unter Aus-